

**Regierung beschließt Budgetrahmen – Reiche und Banken sollen geschont, öffentliche Dienste und Bedienstete belastet werden**

## **UGÖD fordert rasche Einberufung der GÖD-Bundeskonzferenz**

Unabhängige GewerkschafterInnen fordern vom GÖD-Vorsitzenden Kollegen Neugebauer die **rasche Einberufung der GÖD-Bundeskonzferenz** zur gemeinsamen Beratung aller Bundesvertretungen über gewerkschaftliche Maßnahmen

- zur **Sicherung der Qualität der öffentlichen Dienste** und
- zum **Schutz der Beschäftigten vor prekären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeiterhöhung (LehrerInnen) und Überbelastung durch Personaleinsparungen** (Aufnahmestopp)
- zum **Schutz der KollegInnen vor Kaufkraftverlusten durch Niedriglohnabschlüsse**

## **Vermögensbezogene Steuern dürfen auch in der GÖD kein Tabu sein**

Die bereits beschlossene Lohnsteuersenkung wie die Sicherung des Sozialstaates und seiner öffentlichen Dienste sind finanzierbar. Durch soziale Umverteilung, durch Schließen der trotz Krise und Staatsverschuldung weiter aufgehenden Schere von Arm und Reich. Österreich ist ein reiches Land,

Reinhart Sellner, Beate Neunteufel-Zechner, UGÖD-Vorsitzende - 22.04.2015

Rückfragen & Kontakt: Reinhart Sellner, [reinhart.sellner@gmx.at](mailto:reinhart.sellner@gmx.at) - Tel.: 0676/343 75

## **ANHANG 1**

### **Budgetrahmen bis 2019** Publiziert am 21.04.2015, <http://orf.at/stories/2274479/2274480/>

**Der Ministerrat hat am Dienstag den Finanzrahmen 2016 bis 2019 beschlossen.**

**Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) zeigten sich im Pressefoyer zufrieden mit der Planung bis 2019.**

Faymann sprach angesichts des jährlich eingeplanten strukturellen Nulldefizits von „**stabilen Finanzen**“. Auch Mitterlehner meinte, er sehe die **Budgetsituation positiv**. Laut dem vorgelegten Zahlenwerk wird **2015 und 2016 das strukturelle Defizit bei 0,5 Prozent des BIP** liegen und damit laut EU-Kriterien bereits ein „strukturelles Nulldefizit“ darstellen. Auch 2014 hatte Österreich dieses Ziel bereits erreicht. In den Jahren **2017 bis 2019 soll das strukturelle Defizit dann weiter sinken, und zwar sukzessive auf 0,49 Prozent, auf 0,47 Prozent und auf 0,44 Prozent des BIP.**

#### **Maastricht-Defizit soll auch sinken**

Auch das **Maastricht-Defizit des Gesamtstaates** reduziert sich laut Finanzrahmen kontinuierlich: Im Jahr **2015 ist ein Defizit von 2,17 Prozent des BIP** eingestellt, im Jahr **2019 soll es 0,49 Prozent** betragen. Für Faymann zeigt der Finanzrahmen, dass Österreich über „stabile Finanzen“ verfüge, was er auch daran festmachte, dass **bereits im Vorjahr laut EU-Regeln das „strukturelle Nulldefizit“ erreicht** wurde.

#### **„Nur Eckpunkte“**

Zu den im Vorfeld des Beschlusses öffentlich diskutierten **konkreten Sparmaßnahmen** betonte der **Kanzler**, dass der **Finanzrahmen nur die budgetären Rahmen der Ressorts**, aber **keine inhaltlichen Details, wie** diese zu erreichen sind, vorgibt: „Der Bundesfinanzrahmen ist kein Budget“, sondern lege **nur die Eckpunkte** fest.

## Strukturelle Null

Als „strukturelles Nulldefizit“ definiert die EU **ein - um Konjunkturschwankungen und Einmaleffekte wie Privatisierungen bereinigtes - Defizit von maximal 0,54 Prozent der Wirtschaftsleistung.**

„Der Bundesfinanzrahmen ist ein Rahmen, der **noch viele ungelöste Fragen** hat.“ Gleichzeitig betonte die Regierungsspitze, dass es sich bei den **Vorgaben keineswegs um ein „Kaputtsparen“** handle. Mitterlehner sagte, es gehe um eine **„konkrete Umsetzung des Dämpfungspfades“** bei der **Verwaltungsreform, die ja 1,1 Mrd. Euro zur Gegenfinanzierung der Steuerreform** einbringen soll. „Im Klartext: Das, was wir machen, ist **kein Sparprogramm, sondern ein Dämpfungspfad.**“

### „Effizienter umgehen“

Die Reform bedeute **„keine Leistungskürzung, sondern eine Dämpfung“**, man wolle mit den Mitteln, die man habe, **„effizienter“** umgehen“. Faymann sagte, insgesamt würden die **Sparmaßnahmen „nicht einmal 0,7 Prozent des Bundesbudgets“** betragen, das **verdient nicht große Aufregung - wengleich er das Sparen „nicht verniedlichen“** wolle.

Mitterlehner sagte hinsichtlich des Budgetpfades, auch er sehe die **Situation positiv**, müsse aber **relativieren**. Denn **relevant seien die Maastricht-Vorgaben**, nicht das strukturelle Defizit. Zwar bezeichnete er das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht im Jahr **2014 von 2,4 Prozent des BIP** als „gut“, **verwies aber gleichzeitig auf den hohen Schuldenstand von 86 Prozent des BIP** (was die **60-Prozent-Marke der EU-Vorgaben** klar übersteigt). Dennoch gab er sich zufrieden: **„Der Weg ist absolut richtig und machbar.“**

### „Noch Auseinandersetzungen“

Faymann und Mitterlehner erklärten nach dem Ministerrat, dass sie im Zuge der Budgeterstellung **klarerweise noch mit Debatten über einzelne Maßnahmen** rechnen: „Wir werden **schon noch entsprechende Auseinandersetzungen in dem einen oder anderen Bereich** haben“, so der Vizekanzler. **An der Idee, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer um zwei Stunden anzuheben, hält man fest.**

„Sie wissen, dass uns hier einige Diskussionen bevorstehen“, sagte Faymann zum Thema der **Sparvorgaben im Bildungsressort**. „Es ist aber **noch gar nicht so weit, es gibt keine aktuellen Verhandlungen mit Lehrern.**“ Mitterlehner meinte dazu, er und Faymann würden die **Anhebung der Unterrichtsverpflichtung für einen „realistischen Ansatz“** halten - „wenn mit den Betroffenen eine Vereinbarung getroffen wird“.

### Faymann über Aufregung verwundert

Zur **Diskussion über Einschnitte bei den Beamten** sagte Faymann, „dass **über Verwaltungseffizienz so ein Aufsehen gemacht** wird“, habe ihn gewundert. Bei einem Budget, das zu **80 Prozent aus Personalkosten** bestehe, **könne es nicht überraschen, dass auch Personal betroffen ist**. Es werde bei Abgängen und Pensionen dafür **Sorge zu tragen sein, „dass man nicht jede Pensionierung nachbesetzt“**. Die **Verwaltung könne man effizienter** machen. „Diese Diskussion wird **respektvoll** geführt, aber wir werden sie **sehr beharrlich** führen.“

Mitterlehner sagte, er wolle die **Vorgaben für die einzelnen Ministerien** grundsätzlich nicht kommentieren, „weil **jeder für seinen Bereich verantwortlich** ist“. In seinem Bereich, dem **Wirtschaftsressort, werde er in den nächsten Jahren jeweils etwa 28 Mio. Euro einsparen** müssen, so werde man etwa **bei den Förderungen** kürzen und auch **bei Auftragsvergaben**. Auch im Bereich **Wissenschaft und Forschung** handle es sich um einen **ähnlich großen Betrag**, hier könne man **Rücklagen auflösen**.

### Mehr Mittel für Kultur

Einer zeigte sich nach dem Ministerrat **betont zufrieden** mit dem Ergebnis - Kulturminister Josef **Ostermayer (SPÖ)**. Ihm könnte das Kunststück gelingen, **bei einem gleich bleibenden Kunst- und Kulturbudget über 16,7 Mio. Euro mehr disponieren** zu können. In dem im Ministerrat beschlossenen Finanzrahmen sind **2016 für Kunst und Kultur 441,8 Mio. Euro** vorgesehen - nur 0,1 Mio. mehr als im Budget 2015. Durch das **Wegfallen von Museumsquartier-Raten** werden jedoch Mittel frei.

## ANHANG 2

OTS0138, 27. Feb. 2015, 12:36

### **UGÖD: Vermögenssteuern statt Sparpakete im öffentlichen Dienst!**

#### **Einmal mehr gilt: Es braucht eine nachhaltige und ausreichende Finanzierung von Bildung, Sozialstaat und öffentlichen Diensten!**

*Wien (OTS)* - Am 13. April 2015 vermeldeten die Medien bereits, dass ein Sparpaket für "Beamte" drohen würde. Am 14. April 2015 stellte sich der Präsident des ÖGB ausdrücklich hinter die LehrerInnen und gegen eine Gegenfinanzierung der Lohnsteuersenkung über die Einkommen öffentlich Bediensteter oder andere ArbeitnehmerInnengruppen.

"Wir Unabhängige GewerkschafterInnen begrüßen die klare Absage Erich Foglars an die Sparpaket-Pläne der Regierung, ebenso wie die Plakataktion der PflichtschullehrerInnen-Gewerkschaft. Wir gehen aber einen Schritt weiter und fordern endlich ernsthafte **Verhandlungen über eine solidarische Gegenfinanzierung der Lohnsteuersenkung über vermögensbezogene Steuern und eine Solidarabgabe der Reichen,**" bekräftigt Reinhart Sellner, Vorsitzender der UG im öffentlichen Dienst die Position der Unabhängigen GewerkschafterInnen. "Vermögenssteuern braucht es zusätzlich zur nachhaltigen und ausreichenden Finanzierung des Sozialstaates und seiner öffentlichen Dienste, insbesondere auch Bildung und Forschung."

Für die öffentlichen Dienste fordert die UGÖD:

- **Stopp** der Umverteilung von Reichtum von den ArbeitnehmerInnen zu den Besitzenden!
- **Stopp** den Bildungs- und Sozialsparpaketen!
- **Stopp** dem Wegsparen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst - allein bei den LehrerInnen würden durch die geplante Arbeitszeiterhöhung ca. 10.000 Arbeitsplätze gestrichen
- **Stopp** der Geringschätzung der Arbeit der öffentlich Bediensteten und der demotivierenden Überbelastung durch Budgetkürzungen und Einsparungen
- **Stopp** der Dauerbelastung der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft!

#### **ÖGB und GÖD gefordert: Soziale Steuersystemreform durchsetzen**

"**Gewerkschaftliche Aktionen für das Anheben vermögensbezogener Steuern, für Erbschafts- und Schenkungssteuer, für eine Solidarabgabe der reichen Profiteure von Finanzkrise und Staatsverschuldung** sind notwendig," so Sellner weiter. " Es braucht solidarische, parteiübergreifende Aktionen aller ÖGB-Gewerkschaften um gegen die unzumutbaren Belastungen von ArbeitnehmerInnen, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnverluste, Prekarisierung und den fortgesetzten Sozial- und Bildungsabbau durch arbeitnehmerInnenfeindliche Sparpakete vorzugehen."

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern die FCG-Führung der GÖD einmal mehr auf, ÖVP-Positionen zugunsten einer sozial ausgewogenen Steuerstrukturreform zu überwinden und **gemeinsam mit dem ÖGB für eine ausreichende Gegenfinanzierung der Steuerreform und der öffentlichen Dienste** zu kämpfen.

#### **Speed kills**

Die Regierung will die geplanten **Budgetkürzungen bereits am 21. April 2015 im Ministerrat** beschließen. "Was bis Herbst verhandelbar bleibt, ist nur mehr das Wie der Kürzungen, LehrerInnen-Arbeitszeiterhöhung und Personalabbau inklusive. Die UGÖD hat beim GÖD-Vorsitzenden die sofortige Einberufung der Bundeskonferenz (Zentralvorstand) beantragt. Der von der Regierung aufgebaute Zeitdruck verlangt rasches und entschiedenes gewerkschaftliche Handeln," schließt Sellner.

**Rückfragen & Kontakt:** Reinhart Sellner, Vorsitzender der UGÖD, Tel.: 0676/343 75 21